

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Neuß: P. A. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 1. December.

Weizen	1. Qual.	24 80	Hafer alter	17 20
„	2. „	22 80	neuer 1. Qual.	15 50
Landroggen	1. Qual.	21 60	2. Qual.	14 50
„	2. „	20 60	Rüben (Avoel)	26 50
Winter-Gerste	1. Qual.	—	Kartoffeln	5 —
Buchweizen	1. Qual.	—	Heu	12 —
„	2. „	—	Roggenstroh per Schock	50 —
			a 600 Kilo.	—
Freise unverändert.				
Rübel per 100 Kilo in Partien von 100 Tr.		61 —		
Rübel per 100 Kilo faßweise		63 —		
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. W. höher als Rübel.		150 —		
Preßkuchen per 1000 Kilo		—		
Weizen-Vorfuß 00 per 400 Kilo		6 —		
Reiten per 10 Kilo		—		
Rübel und Kuchen unverändert.				

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Nov.

Der Reichstag verließ in seiner heutigen (5.) Plenar-
sitzung die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt
für 1877/78, die Uebersicht der Reichsausgaben und Ein-
nahmen für 1880/81, sowie die Rechnungen der Kasse der
Oberrechnungskammer für 1878/79 und 1879/80 an die
Rechnungskommission, wählte per Akklamation zu Mitgliedern
der Reichsschuldenkommission die Abgg. von Bernuth,
Rochmann, von Büsse, zu deren Stellvertretern die Abgg. Hernes
(Bachm.) Dr. von Bünten und Meyer (Halle) und trat sodann
ein in die zweite Beratung des Reichshaushalts-
etats für 1882/83. Gleich der Etat des Reichstags
(Einnahmen 2314 M., Ausgaben 403 770 M.) gab Veranlassung
zu einer Art Fortsetzung der gestrigen Debatten. — Der Abg.
Ridert verlangte Vorlage des gestern vom Reichskanzler und
sonst von der offiziellen Presse benutzten statistischen Materials,
damit man dasselbe kontrollieren könne; er sei nicht im Stande
viele Unrichtigkeiten darin nachzuweisen. Nebenbei protestierte er
gegen die amtliche Bezeichnung „Seceffionisten“ für die liberale
Reichstags-Gruppe. — Staatssekretär v. Bötticher erwiderte ihm,
nach jeder Reichstagswahl werde vom statistischen Amt eine auf
die Angaben der Wahlkommissionen sich stützende Uebersicht aus-
gearbeitet und veröffentlicht. Das bis jetzt Verlautbarte werde
wesentliche Veränderungen kaum noch erfahren, da die Wahl-
kommissionen sich richtig zu informieren leicht im Stande seien, und
werde der offizielle Nachweis dem Reichstage demnächst zugehen.
Der perhorrescirte Namen „Seceffionisten“ sei übrigens von den
Parteiagossen des Herrn Ridert selbst gebraucht worden. —

Das Geschlecht der Reichenan.

Novelle von W. Ludloff.

(Fortsetzung.)

48) Leo kam schnell zu einem Entschluß, sein junges Gemüth war
überwunden von tiefer Bitterkeit, die ihm seine ganze eben liege-
wonnene Beschäftigung vergällte; ihm dünkte, er empfinde erst
jetzt all' das Peinliche, was der Umschlag in seinen Verhältnissen
und die veränderte Existenz herbeigeführt hatten. Der Boden
gagann ihm ordentlich unter den Füßen zu brennen. Er wünschte
sich fort, Sehnsucht erwachte in ihm — nach der Ferne. Viel-
leicht wünte ihm anderwärts das Glück, das die heimathliche
Erde ihm hartnäckig zu befechten schien. Dennoch fesselte ihn
an diese ein gar mächtiges Band — die Liebe und Sorge für
seine Mutter.

Neben dieser stand er in dem mütterleuchten Wohngemach.
Es waren wenige Tage nach dem vorhin erzählten Ereignissen.
Aus denselben hatte sich bereits die Gestaltung eines Kaufvertrags
zwischen Baron Osten und den Edelheim's über Reichenau gefolgt.
Der Kontrakt war aufgesetzt und von Jabelen unterzeichnet — es
galt nur noch denselben nach Ostenrode abzuliefern. Leo hatte sich
aber all' den traurigen Geschäftsgängen die Füße müde und das
Herz wund gelaufen.

Jabelle lehnte in ihrem Stuhl zurück und weinte schmerzlich.
Süß lauerte neben ihr ohne Thränen, ohne Worte; nur in stillem
Garnie richteten sich ihre kummervollen Augen bald auf die Mutter,
bald auf den Bruder.

Leo's Arm umschlang die Mutter. Liebevoll neigte er sich zu
ihre nieder.
„Weine nicht mehr, Mama,“ sagte er tröstend. „Du hast ja
noch uns. Ich werde für Euch arbeiten. Berliken wir nur den
Muth nicht. Mag denn unser letzter Wefß dahin sein, auch an
ihm hastet noch Ungehen. Es rächt sich eben Alles. Was
Großvater Edelheim durch Wucher und List aufgebaut, hat
meines Vaters Verschwendung und Sünde untergraben —
bis der Bau in Trümmer ging; mein Verlust den Verfall
aufzuhalten, ging fehl — so laß denn fügen, was nicht mehr
alten will.“

Leo's schlante, kräftige Gestalt richtete sich auf.
„Ich baue unser Haus von Neuem und auf bessere Fun-
damente auf, muß ich auch noch so klein beginnen. Ver-
traue mir, Mama, ich habe den Muth und die Kraft dazu.
Ich fähle mich nun, wo unser Geschick entschieden ist, ordentlich
frei und wohl!“

Jabelen's Thränen versiegten. Ja, sie war noch reich, da sie
diese Kinder besah, sie bildte voll mütterlichen Stolzes zu dem ge-
liebten Sohne auf, sagte aber wehmüthig bei:

„O, Kind, aus Dir spricht die vertrauensvolle Jugend. Der

Reichskanzler Fürst v. Bismard trat dem Staatssekretär bei
und bemerkte, daß die statistischen Angaben sich auf die Wahlen
vom 27. October stützten; bei den Stichwahlen seien die Wähler
nicht mehr frei und geben in einer Zwangslage Jemandem die
Stimme, dem sie unter anderen Umständen dieselbe nicht geben
würden. So hätten auch die Seceffionisten und Freihändler die
erhöhte Stimmzahl gewonnen. Von tendenziösen Neigungen
habe sich die Reichskassistik bisher fern gehalten, und er bitte,
amtliche Angaben nicht so ohne weiteres anzuzweifeln, bloß aus
Verdrißlichkeit über das Resultat. — Als nun Abg. Ridert
seine Zufriedenheit mit den Wahlen und den Stolz der Partei
auf den Namen „freihändlerisch“, den auch Fürst Bismard früher
gefaßt habe, ausdrückte, und noch immer die Wichtigkeit der
Statistik bezweifelte, meinte Fürst Bismard, es sei eine gar
nicht ohne persönliche Invektive gegen seine Person abgehen zu
können. Wenn man ihm vorwerfe, er habe seine Meinung ge-
ändert, so könne das nur heißen, er habe dies leichtfertiger Weise
gethan; aber es komme gar nicht auf seine Ansicht an — und
wenn er Unfug rede — sondern nur auf die Vorlagen, die er
einbringe. Sachliche Kritik werde nie getrieben. Früher habe er
sich um die inneren Angelegenheiten nicht gekümmert. Als er
aber gemerkt, daß die Sachen da nicht in guten Händen lägen,
der Freihandel nur der Auszehrung entgegengetrieben, da sei er
mit der Zeit fortgeschritten und habe mit der Zeit gelernt; die
Fortschrittspartei und die Partei, deren Namen er nicht behalten
könne, scheine nicht mit der Zeit fortzuschreiten zu wollen und heiße
besser eine Gemmischthypothese. — Abg. Richter (Gagen) ap-
pellirte vom schlechthin formirten Reichskanzler an den besser zu infor-
mirenden, denn da er 1877 noch nichts von der Wirtschaftspo-
litik wußte und in so kurzer Zeit vom radikalen Freihandel zum
Schutzoll gekommen sei, hoffe er, daß er sich auch noch in Zu-
kunft ändern werde. Die Wahlen angehend, so hätten auch viele
Centrumswähler aus Gutmüthigkeit für conservative Candidaten
gestimmt, und dann sei vom Reichskanzler die Reichspartei ganz
vergessen worden; es sei ein sonderbarer Führer, der, wenn von
den Musikanten viele, von den Fälschern wenige gefallen, sage:
Von den Fälschern sind nur so viel gefallen, die Musikanten
aber ganz vergessen. — Ueberall beklagte sich Fürst Bismard
über Persönlichkeiten und meinte, wenn er plötzlich in eine Ver-
sengung verkehrte, also nicht mehr als Kugelfang dienen könne,
müßten die Herren nicht, was sie machen oder wovon sie reden
wollten. Die Fortschrittspartei habe keine eigene Meinung, son-
dern stelle nur, wenn sie die Regierung gehört habe, das Gegen-
theil als ihre Meinung auf. Seit 1877 habe er viel lernen
können, wenn er auch nicht, wie Herr Lasler und der Vorredner,
die Anträge habe, von vornherein Alles zu wissen. Auch er habe
im praktischen Leben gefunden und kenne manche Verhältnisse
des Volkes besser, als Jemand, dessen ganze Wirksamkeit sich auf

Kampf mit dem Leben ist schwer für den Armen, und wir sind
arm. Aber wir kennen noch nicht dieses Wortes volle Bedeu-
tung. Wir kennen noch nicht alle die Schwierigkeiten, welche sich
denjenigen entgegen stellen, die sich selbst einen Weg bahnen müssen
und welche sich noch verdoppeln für solche, die früher andere Ver-
hältnisse gewohnt waren.

Die alten Freunde werden selten, neue gewinnt man nicht
so leicht; man soll Arbeiten leisten, die doch erst gelernt werden
müssen; und wird abhängig, wo man sonst gleichberechtigt war.
Die Gedanken und Vorläge überbringen das wohl, doch
deren beharrliche Ausführung im täglichen Leben ist schwer,
sehr schwer.

„Du hast recht, Mama,“ sagte Leo ernst; „aber glaube mir,
ich verkenne keinen Moment meine doppelt schwierige Stellung.
Jedermann hält mich für verwöhnt und der kaufmännischen Ar-
beit noch ziemlich ungewohnt. Eine rechte Ehrgeiz habe ich gar
nicht durchgemacht. Auf diesem Comptoirs fällt dies in's Ge-
wicht. Ich weiß das Alles; zudem hat es mir gestern Brooks
noch deutlicher gesagt. Er hat sich als unser redlichster Freund
erwiesen und mit ihm, dem alten Geschäftsmann, habe ich die
Sachlage besprochen.“

„Du hast ihm gesagt —“

„Dah wir an Osten cediren mußten, den Grund, weshalb,
habe ich natürlich nicht angegeben. Er vermutete denselben in
einer Ehrenschuld meines Vaters gegen den Baron und schalt
meine jugendlich-phantastischen Ideen, die mich zum Opfer spig-
findiger Ehrgeize werden ließen. Er meinte es gut; ich ließ
ihn daher schelten. Als er sich darin, sowie in wenig schmeich-
haften Aeußerungen über Ostens Verfahren, genug gelassen hatte,
stellte er mir die Aussichtlosigkeit dar, hierorts ein richtiges
Arbeitsfeld für mich zu finden. Er wies indeß auf etwas Anderes
hin, was allerdings viel verspricht, viel Aussicht bietet. Er
bot mir —“

Jabelle bildete fragend und ängstlich auf, Leo zögerte.

„Ich erzähle es Dir lieber später, Mama. Du bist noch nicht
stark genug, um der Sache gerecht werden zu können.“

„Aber ich will stark sein, mein Sohn, habe keine Feindschaft
vor mir — theile mir das Anerbieten von Brooks mit, denn ein sol-
ches ist es ja bereits. Nicht?“

„Ja; aber vergiß nicht, Mutter, für uns ist es doch immer
erst eine Frage. Brooks meinte nämlich, das Verbleiben hierorts
möchte jetzt etwas empfindlich für mich sein und ich würde besser
thun, in einem der überseeischen Hafenplätze eine Stellung anzunehmen.
Eine solche mir anzubieten, sehe in seinem Vermögen, da ein
Bombayer Handelshaus ihn um einen jungen Deutschen angegan-
gen habe. Es sei eine günstige Offerte, und er würde sie gern
von mir —“

Jabelle wehrte unwillkürlich ab, in ihrem Antlitz malte sich

tiefer Kummer.

der Tribüne entfalte. Das Verschwinden der Reichspartei rührte
daher, daß die Mittelparteien, welche sich in der Defensiven be-
fanden, naturgemäß am leichtesten Verluste erlitten. Die Leitung
der liberalen Partei gehe immer mehr nach links, auch Herr
Richter werde einmal „überhört“ werden. Das komme vom
Aufgeben der Mittelparteien. Ginge die Führung mehr nach
rechts, so wäre die größte Gefahr, daß sie an die sogenannten
Conservativen fiele, die ihre Vertretung in der „Conservativen
Monatsschrift“ hätten. Gäßen Centrumswähler für Conservative
gestimmt, so werde auch wohl das Umgekehrte vorgekommen sein.
Für die Socialdemokraten hätten bei den Stichwahlen Anhänger
aller Parteien gestimmt. — Abg. Dr. Windthorst fand es
unnütz und unzulässig, sich über den Studiengang des Reichskan-
zlers zu unterhalten; warum solle Jemand seine Ansicht nicht
ändern dürfen, zumal wenn man durch die Verhältnisse dazu ge-
zwungen würde. Die Frage, ob Schutzoll oder Freihandel hänge
vielfach von der Haltung der Nachbarländer, der Constellation
u. s. w. ab. Uebrigens, wozu die täglichen Angriffe? Man
möge einen Antrag auf Aenderung der Wirtschaftspolitik stellen,
und werde finden, daß die Majorität dagegen sei. Die
„Königliche Zeitung“ habe dem Reichskanzler sogar die „große libe-
rale Partei“ zur Disposition gestellt, wenn er mit ihr gehen
wolle auf der Basis, daß es bei den abgethanenen wirtschaftlichen
Fragen sein Bewenden haben solle. Dasselbe sei sonst von Libe-
ralen erklärt worden. — Für die große liberale Partei werde
aus dem Studium der Wahlsatistik nicht viel herauskommen. Er
selbst wünsche eine große liberale Partei, da dies dazu beitragen
würde, auch eine große conservative Partei herbeizuführen, und
dann namentlich das Aufhören der kirchenpolitischen Streitigkeiten
erreicht würde. Auf einen Ruf von links erwiderte Redner,
daß, wenn die Liberalen vom Centrum auch etwas haben woll-
ten, sie erst liberal sein und nicht bloß heißen müßten; jetzt
suchten sie nur Alles unter ihr Joch zu beugen und dazu den
Staat für sich in Anspruch zu nehmen. Er (Redner) mit seinen
sämmlichen Fraktionsgenossen seien liberaler, als die Herren auf
der Linken. Herr Ridert gehöre nur zum Fortschritt Nr. 1.
Auch möchten sich die Herren abgewöhnen, immer ihre Gedanken
für die der Nation auszugeben; sie hätten nicht die Majorität
und seien wohl nur noch von früher her dieses große Wort ge-
wöhnt; sie sollten lieber sagen: Unsere Wähler, das könne man
gelden lassen. Vom Centrum hoffe er, daß es noch die Majorität
gewinnen werde, da es keine konfessionelle Partei sei und
seine Grundsätze mehr und mehr auch von den protestantischen
Mitbürgern als richtig anerkannt würden. Auch habe es noch
manche Gegenden, in denen es Eroberungen machen könne.
Daß die Anhänger des Centrums so gutmüthig gewesen, vielfach
Deutsch-Konservative zu unterstützen, bedaure er nicht; nur hätte
er gewünscht, daß die Conservativen mehr Gegenseitigkeit geübt

„Leo gehe nicht von mir! Verlaß uns nicht, ich kann Dich
nicht missen.“

„Gewiß, Mama,“ sagte er beruhigend, „so Du es nicht willst,
gehe ich nicht von Euch; auch hier werde ich es lernen, uns ehr-
lich durchzubringen.“

Er sagte es mit liebevoller Freundlichkeit, dennoch entging dem
scharfen Mutterauge der Schatten nicht, den sein Antlitz trübte.
Sie sah es — er sehnste sich in die Ferne. Nach einer Weile
hob sie von Neuem an:

„Hast Du Ostel Gerhard etwas davon gesagt?“

„Ja, Mama.“

„Und was meinte er?“

„Anfangs war er betreten, meinte aber bald, es sei ein gün-
stiges Anerbieten, ich solle es erwägen. Falls es zur Annahme
käme, dürfte ich die Sorge für Dich und Edith nur ruhig ihm
und Gerty überlassen; sie würden Alles für Euer Wohlbefinden
thun, was nur immer in ihren Kräften stünde.“

„Ja — sie sind gut; wir würden eine Stütze an ihnen ha-
ben; aber Du — und ich kann Dich nicht in der weiten Ferne
so allein lassen.“

Er lächelte leicht.

„Ist nicht Ostel Rafael auch in jener Ferne?“

Jabelle borchte auf; ihr Antlitz wurde neu belebt.

„Ja, Rafael!“ sagte sie sinnend. „Wie würde der sich freuen,
Dich zu sehen! Und Du wärest unter den fremden Menschen nicht
ganz allein, Du hättest doch Jemanden von den Deinen in der
Nähe!“

Die gute Frau versiel in die irrige Idee, der wir so leicht
ausgesetzt sind, wenn wir von fernen Welttheilen sprechen —
Entfernungen, die wir bei uns zu Land enorme Wegeftrecken
nennen würden, stellen wir bei uns da ganz harmlos als Nähe
vor. Die Erinnerung an ihren Bruder Rafael machte Jabelle
offenbar empfänglicher für den Plan. Sie frag — ob das Aner-
bieten wirklich so vielversprechend sei? Dies war der Fall; es
bot neben reichen Aussichten für die Zukunft sofort materielle
Mittel durch ein Gehalt, wie Leo in der Heimath auch nicht
annähernd ein ähnliches erwarten konnte. Das wog bei ihm in
seiner gegenwärtigen Stimmung schwer. Er meinte gedankenvoll:

„Ostel Gerhards Güte würde ich berubigt für Euch annehmen
in der Voraussehung, bereits nach dem ersten halben Jahr unsere
Schuld bei ihm verringern zu können. Indes — ich sehe,
Mama, der Gedanke macht Dir Schmerz, laß uns davon absehen!“

Ja, der Gedanke machte ihr heißen Schmerz, aber sie wurde
ihn nicht los. Eine lange, schlaflose Nacht hindurch erwog sie
ihn, und als der Morgen im Osten aufzog, da war sie schon
bald mit sich einig, ihr Opfer zu bringen und den geliebten Sohn
ziehen zu lassen fort aus der traurigen, drückenden Umgebung in
eine seiner regen Thätigkeit Erfolg versprechende Welt.

(Fortf. folgt.)

hätten. So hätten die Conservativen viele von den Stimmen, die ihnen jetzt zugeschrieben würden, bekommen. Wo es nicht möglich gewesen, sei auch die Beibehaltung der Centrumschwärze gewesen. Wenn es darauf ankomme, würden die ganzen 16 Millionen Katholiken in Deutschland in ununterbrochener fester Linie nebeneinander stehen, und sie würden stehen, bis man ihr gerechtes Verlangen, Freiheit ihrer Kirche, gewährt habe. Das sei ein Thurm, den man durch keine Belagerung umwerfen könne. Uebrigens habe das Centrum auch den Fortschritt bei den Wahlen unterstützt, damit die unklaren Mittelparteien verschwinden, denn Klarheit sei das erste Bedürfnis.

Der fortschrittliche Abg. Dr. Hänel glaubte behaupten zu können, das Centrum habe keine Grundsätze; Niemand wisse, wie es je stimmen werde; nur Taktik kenne das Centrum, und die Methode der thätlichen Angriffe hätten die Liberalen von ihnen gelernt. In Bayern werde die dem Centrum verwandte Partei gegen das Ministerium Mittel an, wie sie die Liberalen in Preußen nie anwenden würden. Hier halte das Centrum die parlamentarische Regierung als Schreckbild vor. Selbstständige Politik kann das Centrum nicht treiben, es spiele bald die Conservativen gegen die Liberalen, bald diese gegen jene aus. Einen Haupttrumpf spielte der protestantenvereinsche Redner aus mit dem Apelle an das „protestantische Bewusstsein“, das immer noch die Mehrheit im Lande habe. Sie gegen den Reichskanzler wendend verwahrte er seine Partei gegen den Vorwurf des Republikanismus und klagte den Reichskanzler an, daß er allen andern Parteien das Ohr des Monarchen verschleie. Im constitutionellen System habe nur der Monarch das Recht Grundsätze zu wechseln, wenn die Mehrheit der Nation es verlange. Zum 4. Male erhob sich Fürst v. Bismarck zu einer Erwiderung. Er bezeichnete das parlamentarische System des Vorredners als für Preußen und Deutschland unmöglich. Bei uns habe der Kaiser wohl eine Meinung, die der Kanzler allerdings mit seiner Namensunterschrift decke, aber schließlich sei es die Politik des Kaisers, die er treibe. Nehme er die Politik des Kaisers auf seine Verantwortlichkeit, so geschähe das, weil seine Meinung mit der Sr. Majestät völlig übereinstimme und er demnach die Ansicht gehabt, seine Ueberzeugung dem hundertjährig angekommenen Monarchen unterordnen zu müssen. Der Kaiser könne den Kanzler wegschicken, er sei frei, der Kanzler könne keinen Schritt frei thun. Es werde aber auch nie gelingen, den Kaiser zu hindern, zu seinem Volke zu sprechen, ihn mundtot zu machen. Das Prinzip der Unterthanentreue habe ihn bewogen, 20 Jahre alle andern Rücksichten bei Seite zu lassen und sich seiner Majorität zur Verfügung zu stellen. So lange er lebe, gebe es einen Monarchen und keinen sichereren Diener der Krone. Der Kaiser kenne vollkommen die Lage; wolle man sein Ohr mit Gedanken füllen, die er für schädlich halte, so sei es seine Pflicht, das zu verhindern. Andern das Ohr des Monarchen zu verschließen, sei er gar nicht im Stande. Weiter wiederholte der Reichskanzler, daß der Zug nach links notwendig immer weitergehen müsse, bis man schließlich zur Republik gelange, und suchte dies aus der Geschichte der verschiedensten Länder nachzuweisen. Auch eine liberale Regierung würde die Maschine nicht zum Stillstand bringen können. Man werfe ihm vor, er strebe nach der Diktatur, bloß weil er sich „den Herren nicht dienlich machen wolle.“ Wie Herr Rothschilde auf die Anfrage, wie er über amerikanische Häute denke, seinen Buchhalter gefragt: Herr Meyer, wie denke ich über amerikanische Häute? so solle auch er (Redner) fragen: Herr Bismarcker, wie ist meine Meinung über Bälle? Wollte man einen Kanzler ohne eigene Meinung, so möge man die von ihm gebrachten Vorlagen doch ablehnen. Wenn man wolle, so solle das Budget erledigt werden, dann wolle er den Reichstag bis Februar 1883 ruhen lassen, dann brauche man seine Meinung nicht zu hören. Zehn Parteien verlangten, daß er sich jeder zur Verfügung stelle, aber mit keiner Stimme er ganz überein und seine sei stark genug, um Arm in Arm mit ihm das Jahrhundert in die Schranken zu fordern und Deutschland zu festigen. Jetzt müsse er zwischen den Parteien balanciren. Das englische System sei bei uns unmöglich; würde aus der großen liberalen Partei ein Ministerium hervorgehen, so würde das nicht allein mit der Opposition, sondern auch gegen diejenigen früheren Kollegen zu kämpfen haben, die nicht Minister geworden. Dem Worte „ministerielle Partei“ hänge leider ein Makel an und die Conservativen, zu denen seine nächsten Verwandten gehörten, hätten solche Bezeichnung als Schmach empfunden. Die Liberalen seien weiter gegangen, als er mit ihnen habe gehen können und darin liege die Ursache, daß er seine Stellung zu den Parteien so oft wechselte. Eigentlich thue er nicht dies, sondern in jedem Stadium der Entwicklung in Deutschland sei die Stellung der Parteien zu ihr eine andere, und dann müsse er mit der Partei gehen, die in dem betreffenden Augenblick diese Entwicklung am besten fördere. Abg. Freih. v. Malbahn. Galt wollte nichts von dem Schreckbild der Alliance zwischen Centrum und Conservativen wissen, verwarf die Appellation an das „protestantische Bewusstsein“ und meinte ein gläubiger Centrumskatholik stehe ihm näher, als ein naturalistischer Fortschrittler oder ein Protestantenvereinsler. Abg. Dr. Reichensperger (Greifeld) hielt die heutige Debatte nicht für werthlos, da sie vielfach zur Klärung der Lage beitrage. Dem Herrn Richter bemerkte er, wenn dessen Partei den Namen Sectionist zurückweise, so möge sie sich doch erinnern, daß das Centrum fort und fort als „ultramontan“ und „clerical“ bezeichnet worden sei, so heute noch von Herrn Hänel. Die Appellation des Redners an das „protestantische Bewusstsein“ sei sehr bedenklich, und müsse man gegen ein solches nach außen hingerichtetes Lösungswort Verwahrung einlegen. Das Centrum sei nie der protestantischen Kirche oder den Protestanten als solchen aggressiv entgegengetreten. Keine polemische Aeußerung gegen die protestantische Kirche sei von ihm je gefallen. Wenn Herr Hänel auf seine Verfassungstreue pochte, wer sei es denn gewesen, der drei fundamentale Artikel der preuß. Verfassung in die Luft gesprengt habe? Herren von der Linken seien es hauptsächlich gewesen. Auch die Rechte habe sich dabei betheiligt, zum Glück aber keine dort mehr und nicht zum Bewusstsein zu kommen, daß es sich um etwas ganz Anderes handle, als um Uebergriffe der Katholiken, nämlich um einen Kampf gegen die Kirche als solche, sowohl die katholische als die protestantische. Früher sei das Lösungswort des Liberalismus gewesen: bürgerliche und kirchliche Freiheit, weil man der Ueberzeugung gewesen, daß wer die kirchliche Freiheit nicht achte, auch die bürgerliche nicht achte, wer dort zum Catholicismus und Byzantinismus hinführe, hier unmöglich Freiheit fördern könne. Von diesem Lösungsworte seien die

Liberalen abgefallen und so könnten die, welche jahrelang mit ihnen für die liberale Sache gekämpft, nicht mehr mit ihnen gehen. Immer mehr werde es klar werden, daß zwei große Parteien einander gegenüber zu stehen kämen, einerseits die Partei, welche auf der Seite des Kreuzes stehe, von christlichen Grundanschauungen ausgehe; ihr gegenüber die Partei des Materialismus, des Naturalismus, schließlich Atheismus. Er hoffe, daß nach diesen zwei Seiten hin mehr und mehr die Parteien sich auseinandergliederten; dann werde es sich zeigen, wo der Sieg bleibe, ob bei dem Kreuze, oder bei denjenigen, die das Kreuz zu Boden werfen wollten. — Die Parole: Für oder gegen das Kreuz! behagte Herrn Richter keineswegs. Er meinte, dieselbe übertriffe noch die Parole: Für oder gegen den Kaiser! Herr v. Malbahn nannte er den Reichstheater seiner Partei und forderte höhnend auf, von jetzt an im Parlamentsalmanach eine Rubrik einzuführen mit „gläubig“ oder „nicht gläubig“. Seine Partei sei eine rein politische und diene Gott vielleicht eben so gut, als die, die Gottes Namen immer auf den Lippen führten. Wurden diese Ergüsse schon mit steigender Unruhe von der Rechten angehört, so wurde daselbst ein hartes Jischen laut, als Herr Richter meinte: Du sollst den Namen Gottes nicht vergeblich führen! Sodann zog er von Neuem über die Diktatur des Kanzlers los, der sogar dem Kronprinzen seine Ansichten aufdrängen wolle, das würde sich der Kronprinz aber wohl verbitten, worauf Herr v. Minnigerode nicht unzutreffend erwiderte, sein Lact verbitte ihm, wie Herr Richter, den Thronfolger in die derbste der Nothwendigkeit des Zusammengehens mit dem Centrum und den kirchlichen Gegnern zwischen Conservativen und Liberalen. Mit einer Anspielung auf die Beendigung des Kulturkampfes wünschte er, es möchten alle Hemmnisse beseitigt werden, die das Centrum an einer dauernden positiv wirkenden Wirksamkeit hinderten.

Damit war die Debatte über den Titel 1, von dem eigentlich gar nicht gesprochen wurde, erschöpft. Derselbe und der Rest des Etats des Reichstages wurde ohne Debatte genehmigt: nur bei Titel 10 (Entschädigung für Privatbahnen für Freibillet an Abgordnete 48,000 M.) berührte der demokratische Abgeordnete Mayer (Stuttgart) die schon oft ventilirte Blütenfrage, mußte aber auf wiederholtes Ermahnen des Präsidenten seine Jungferrede abkürzen, obschon er, wie er klagend bemerkte, bei der ersten Staatsberatung schon um eine Rede gekommen sei. Nach Bewilligung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskasse, die ohne Debatte vor sich ging, vertagte sich das Haus zur Fortsetzung der 2. Beratung des Etats auf morgen 12 Uhr. — Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. Nov. Den gestern von uns mitgetheilten Artikel der „Post“, in welchem Vicar Prinz Radziwill als der dem Kaiser angenehme Candidat für den fürstbischöflichen Stuhl zu Breslau bezeichnet wurde, hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht ohne Ueberraschung“ gelesen. Sie gibt den Artikel wieder und knüpft an denselben folgende scharfe Bemerkungen:

„Wir möchten kaum annehmen, daß höhere gesellschaftliche Kreise der Art, wie sie hier zu vernehmen sein würden, an die Möglichkeit glauben können, daß der Vicar von Ostrow, Prinz Edmund Radziwill, ein für die preussische Regierung möglicher Candidat für den Breslauer Bischofsstuhl sein könne. Die Bedingungen, in welchen der Prinz Edmund Radziwill zur kaiserlichen Familie steht, können das Gewicht der politischen Antezedentien derselben nur verschärfen. Ganz abgesehen von den parlamentarischen Antezedentien des Prinzen ist es im Hinblick auf die in den letzten Jahrzehnten zu Tage getretenen politischen Bestrebungen in Oberschlesien, welche besonders durch die geistliche Leitung nicht nur lokale, sondern allgemeine Forderungen erhalten haben, für die preussische Regierung eine unbedingte Unmöglichkeit, einen Geistlichen polnischer Abstammung auf den Breslauer Bischofsstuhl zuzulassen.“

Da werden die „liberalen“ Kulturkämpfer mal wieder jubeln! Und die Polen? Sie fühlen sich obnein nicht heimisch unter preussischem Dache, weil man ihnen systematisch die Nationalitäts-Eigenheiten austreiben will, ihre Mutter-Sprache unterdrückt, ihre religiöse Freiheit verkümmert, sie zu Preußen zwingen will! Ist eine solche jüdische Sprache, wie die „Nordd.“ sie in obigen Sätzen führt, geeignet, sie allmählich zu verschöndern und dem preussischen Staate näher zu bringen? Nein — durch solche widerwärtiges Gebahren wird die Klust nur noch vergrößert.

— Auch die „Köln. Ztg.“ hat ihrer alten etelhaften Manier treu, Nichts Gütigeres zu thun, als die Person des Vicars Prinz Radziwill zu verdächtigen und seine Erhebung auf den fürstbischöflichen Stuhl von Breslau, so weit es an ihr liegt, zu hintertreiben. „Wenn man sich vergegenwärtigt“ — so schreibt sie — „welche Rolle Prinz Radziwill in unserm Reichstage gespielt, und wie man gerade ihn seiner Zeit beschuldigt hat, das Haupt jener polnisch-clericalen frontirenden und intriguirenden Hofpartei gewesen zu sein, die damals als die „Goterie des Palais Radziwill“ bezeichnet wurde, so wird man kaum annehmen können, daß die Regierung von der Bezeugung des Breslauer erzbischöflichen Stuhls mit einem Priester, der mehr Pole als und noch mehr Römer als Deutscher ist, sehr erbaut sein könnte.“

— Die von Niemanden ernsthaft angenommene Nachricht, daß der Papst bei der preussischen Regierung angefragt habe, ob man ihm in Fulda einen Zufluchtsort gestatten würde, wird nichtsehrweniger von der „liberalen“ Nationalzeitung festgehalten und unter Zuhilfenahme allerlei anderer phantastischen Nachrichten beglückwünscht. So will das Organ wissen, daß der Papst auch bei der englischen Regierung bezüglich Malta angefragt und ablehnenden Bescheid erhalten habe; sie vermutet, daß auch von Berlin aus ablehnend geantwortet worden sei. Weiter gefallen sich „liberale“ Blätter in der Verbreitung der Anschauung, die Anwesenheit von 360 Bischöfen in Rom gelegentlich der Heiligensprechung am Maria-Empfangstage werde zu einem „kleinen Concil“ führen, in dem es sich besonders um Schritte zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes handeln solle! Zum Ueberflus läßt sich noch die „A. Z.“ aus Wien telegraphiren — und das Wolfische Telegraphenbureau hält die Nachricht für wichtig genug, daß sie dieselbe in

alle Welt hinaus telegraphirt! — daß die Nachricht über „Schritte Roms wegen Verlegung des Sitzes des Papstes etwa nach Malta, Salzburg oder Fulda durchaus falsch und lediglich auf Schritte der Curie zurückzuführen seien, welche diese Gerüchte selbst ausbrengt habe, um auf Italien einen Druck auszuüben.“ Das Erstere wußten wir längst, das Letztere ist eine tendenziöse liberale Erfindung — aber in all diesen liberalen Lügen strukt System; niederträchtige Heuchelei und ekelhafte Heberei gegen Rom und die katholische Kirche.

— In der heutigen Sitzung der Budgetkommission wurde von den für die Uebungen der Erlangereisen vorge schlagenen Positionen der Betrag von 800,000 M. abgetrichen und hierbei konstatiert, daß diese Summe sehr leicht durch Ersparnisse aufgebracht werden kann, indem durch spätere Einberufung der Rekruten per Tag 90,000 M. erspart werden können. Die Position für Verstellung der Garnisonsbäckerei in Altona wurde neuer zum dritten male einstimmig abgelehnt. Das Ordinarium des Militäretats, soweit es der Commission überwiesen ist, ist nun erledigt.

— Die Staatsrede des Abg. Eugen Richter vom vorigen Donnerstag ist unter dem Titel „Antwort der Fortschrittspartei auf das Kasperprogramm in der kaiserlichen Bottschaft“ erschienen und soll massenhaft verbreitet werden.

— Die „Börsen-Ztg.“ bringt folgende Mittheilung, die uns der Bestätigung noch sehr dringend bedürftig zu sein scheint: „An Stelle des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke ist der General a la suite und derzeitige Chef des Generalstabes des 10. Armee-corps, Graf v. Waldersee, zum Chef des Generalstabes der Armee ernannt worden. Graf Moltke tritt zwar nicht formell in den Ruhestand, sondern bleibt gewissermaßen wie eine überwachende obere Instanz in seinen zahlreichen Stellen, die eigentliche Leitung der Generalstabsgeschäfte selber übernimmt Graf Waldersee aber selbstständig.“

Nach einem Bescheide der Minister des Innern und des Unterrichts ist das Schulgeld, gleichviel, ob es an die Gemeindefälle gezahlt wird oder nicht, oder ob dessen Höhe sich nach der Klassen- und Einkommensteuerquote richtet, als eine Communala-bgabe nicht anzusehen, stellt sich vielmehr als das der Schule oder dem Lehrer zu entrichtende Entgelt für den Schulunterricht dar. Uebrigens können auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die evangelischen Geistlichen und Lehrer keinen Anspruch auf Schulgeldbefreiung für ihre die Schule besuchenden Kinder erheben, vielmehr können sie die Schulgeldfreiheit nur vermöge eines besondern Reichstittels oder einer bestehenden Obervogel fordern. Sollte sich ein Geistlicher zur Zahlung des Schulgeldes nicht für verpflichtet erachten, so kann ihm nur überlassen werden, den ordentlichen Rechtsweg gegen die Stadtgemeinde zu beschreiten.

Stettin, 29. Novbr. Zum ersten Male während des Kulturkampfes haben die Katholiken bei der Stadtverordnetenversammlung in der dritten Classe gestimmt.

Aus **München, 26. Nov.** schreibt man der „Berm.“ über die parlamentarische Lage in Bayern: Die Hoffnung des Ministeriums, es werde trotz aller Versicherungen des Gegenstandes die Eintracht der katholisch-bayerischen Partei in der Kammer nicht lange halten und auf Grund der verschiedenen Wahlprogramme eine Spaltung eintreten, scheint doch allmählich ausgehen zu werden. Nach den gestrigen Erklärungen Koppes, des Vertreters der eigentlich katholisch-bayerischen Fraction, und des Abg. Dr. Müllers, des Vertreters der sogenannten äußersten Rechten, sowie nach der mit großer Mehrheit erfolgten Erziehung des Ministerial-Dispositionsfonds für den Finanzminister muß es doch den Ministern klar geworden sein, daß auf eine Spaltung in der Rechten nicht mehr zu hoffen ist. Man war deswegen auch nicht überatlet, als während der Kammeröffnung die Minister v. Jäuchle, Graßheim und Jüllich abtraten von dem Minister Luz mit einander conferirten. Einzelne Minister jüden auch durch hervorragende Mitglieder der Rechten sich zu vergewissern, ob keine Aussicht vorhanden ist, daß einzelne gemäßigtere Elemente von der Verbindung mit den Extremen sich loslösen mögen. Auch findet man es ganz natürlich, daß es unmöglich in Bayern weiter so fortgehen kann, wie es seither gegangen ist. Es können in dem Ministerrat, wenn er sich, wie man doch wohl häufig annehmen muß, mit der brennendsten Frage der Gegenwart beschäftigt hat, nur die zwei Fragen erörtert worden sein: Soll Minister v. Luz allein, oder sollen die anderen mit ihm gehen? Die dritte Frage: Sollen die Minister alle bleiben und keiner gehen, dürfte nach Allem, was in den letzten Tagen gesprochen ist und gehört wurde, wohl kaum mehr zur Erörterung gelangen.

München, 30. Nov. Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ meldet: Die gerüchtweise in den Blättern verbreiteten Nachrichten über angeblich bevorstehende Personal-Veränderungen im Verande des bayerischen Gesamtministeriums beruhen lediglich auf Combination.

Holland.

JC. Holländisch-Limburg, 28. Nov. Unsere kulturkämpferischen Schulinspektoren sind „reingefallen: Der Minister hat sie verurtheilt. Bekanntlich hatten vor einiger Zeit diese Herren auf Grund des religionslosen Schulgesetzes einerseits die Befestigung des Crucifixes aus dem Schulzimmer befohlen. Besonders das Letztere hatte große Erregung zur Folge und Protest seitens des Gemeinderathes, aber Beides wurde der Minister durch unsere Abgeordneten interpellirt. In seiner Antwort an die Kammer erklärt der Minister, daß die Regierung ver gleichen Weisungen; nicht habe ergehen lassen und daß überhaupt die Regierung ein Vorgehen in Bezug auf Beten, Lesen der hl. Schrift und Aufführung eines Crucifixes im Schullokale im Interesse des Unterrichts nicht für geboten erachte. Unsere Schulinspektoren sind also auf eigene Faust vorgegangen, haben sich aber auch aufrichtig die Finger verbrannt — am Crucifix! Ob diese modernen Bilderstürmer nun klüger werden? Hoffentlich wird der Minister, dem die Sache außerst unangenehm ist, das nächste Mal diese Leute nicht wiederernennen.

Die Kammer hält feierliche Sitzung, Gegenstand der Verhandlungen ist noch immer das Budget für die ostindischen Colonien; die Sache hat weniger allgemeines Interesse.

Aus dem Berichte des Ministers an die Kammer erhellt, daß im vergangenen Jahre 80 und ebenso 81 die Regierung Entschiden

